



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel (Vom 15. bis 21. Mai.)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Reichs Spiegel

(Vom 15. bis 21. Mai)

Innere Politik

Das Verfassungsgesetz für Elsaß-Lothringen — Delbrück und die Sozialdemokratie —
Staatszerhaltende Sozialdemokratie — Die Reichsversicherungsordnung

In fünfter (!) Lesung hat die Kommission des Reichstags das Verfassungsgesetz für Elsaß-Lothringen ebenso angenommen wie vorher das Wahlgesetz. Geschehen Freitag, den 19. Mai, nach langwierigen Vorverhandlungen. Über die Tragweite der neuen Gesetze selbst wollen wir uns an dieser Stelle erst wieder äußern, wenn die Entscheidung auch im Plenum gefallen sein wird. Mit absoluter Sicherheit darf auf eine unveränderte Annahme der Gesetze durch das Plenum noch nicht gerechnet werden, wenn auch eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür spricht.

Wenn das Gesetz noch zustande kommen sollte, so darf sich der Herr Reichskanzler dafür in erster Linie bei dem Staatssekretär des Innern, Herrn Dr. Delbrück, bedanken. Besonders während der jüngsten Besprechungen hat Delbrück eine Schnelligkeit in der Auffassung und ein staatsmännisches Geschick bewiesen, das ihn sichtbarlich aus dem herrschenden politischen Nebel emporgehoben hat. Abgesehen von kleineren Erfolgen, die er der Kommission abgerungen hat, darf man sein Hauptverdienst darin erkennen, daß es ihm gelang, die Sozialdemokratie zur praktischen Mitarbeit an dem Gesetz zu bewegen. Das Gelingen zeugt von einer tieferen Kenntnis der Bedeutung des vierten Standes für den deutschen Nationalstaat, als wie es z. B. in der agrarischen Deutschen Tageszeitung herrscht. Ich meine, da nun das Gesetz überhaupt zustande kommen soll, ist es für das Reich besser, daß die Führer der breiten Massen neben den Vertretern des nationalen Bürgertums mit hinter dem Gesetz stehen, als wenn die Mehrheit aus Französlingen und Ultramontanen bestünde. Wir können viel eher von der Sozialdemokratie erwarten, daß sie reichsdeutsch-staatsbürgerlich denkt, als von Zentrumsabgeordneten, die jenseits der Berge den Angelpunkt ihrer staatlichen Interessen suchen. Der vierte Stand wird gerade dadurch, daß er sich auf den Boden einer rein materialistischen Weltanschauung stellt, gezwungen, das Reichsganze im Auge zu behalten und für dessen Gesamtwohl einzutreten. Denn für ihn ist eben das Reich das Werkzeug zur Er kämpfung besserer Lebensbedingungen. Utopien, die darauf ausgehen, dies Werkzeug unbrauchbar zu machen, die dahin streben, an die Stelle des mächtigen Einheitsstaates eine schwächliche Föderation zu setzen, spuken wohl noch in den Köpfen der Theoretiker, nicht aber im Hirn der politischen Führer des vierten Standes. Dabei unterschätze ich die demagogische Ausnutzung von Schlagworten durchaus nicht. Es wird auch im konservativen Lager in der Hitze des Gefechts manche Wendung gebraucht, für die kein konservativer Mann eintreten möchte, der Anspruch darauf erhebt, politisch ernst genommen zu werden.

Im übrigen haben wir auch schon praktische Beweise für die Möglichkeit des Vorhandenseins einer „staaterhaltenden“ Sozialdemokratie. In Österreich könnte die Sozialdemokratie das staaterhaltende Element gegenüber den Nationalitäten bilden, wenn nicht ihr am besten organisierter Teil, die Deutschen, eben national wäre und dadurch häufig genug im Gegensatz zu den polnischen und tschechischen Genossen stünde. Aber es machen sich bereits Anzeichen bemerkbar, die auch von der Wiener Regierung geschickt gefördert werden, aus denen auf einen engeren Zusammenschluß der Sozialdemokraten aller Nationalitäten gefolgert werden darf. Die Verkehrs- und Sozialpolitik würde dadurch innerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle durchaus an Stetigkeit gewinnen. In Deutschland wiederum sind wir in den beiden genannten und vielen anderen Fragen der inneren Politik den Nachbarländern so weit voraus, daß ein Verzicht auf den Genuß des Vorsprungs durch Anschluß an andere Staaten gleichbedeutend wäre mit erheblicher Verschlechterung der Lage der Massen. Wir haben somit auch von den reichsländischen Sozialdemokraten eine Stärkung der zentrifugalen Kräfte nicht nur nicht zu befürchten, sondern sehen in ihnen Bundesgenossen im Kampf gegen den Ultramontanismus und gegen die Französlinge. Freuen wir uns dieses Fortschritts, denn er ist zugleich ein Schritt auf dem Wege zur Versöhnung bedauerlicher Gegensätze, die das Leben der ganzen Nation vergiften.

Neben solchen Feststellungen dürfen wir naturgemäß nicht vergessen, daß die sozialdemokratische Partei, wie sie heute einmal ist, die geschworene Feindin unserer bürgerlichen Gesellschaftsordnung ist, und da zwingt uns der Selbsterhaltungstrieb, die Partei überall dort rücksichtslos zu bekämpfen, wo sie sich von dieser gefährlichen Seite zeigt. Wie der Verlauf der Verhandlungen über die Reichsversicherungsordnung beweist, stehen die Regierung und die bürgerlichen Parteien über diesen Punkt auch in erfreulicher Einmütigkeit zusammen. Nur die Fortschrittliche Volkspartei ist nicht bei der Stange geblieben. Im Kampf um den Einfluß in den Krankenkassen hat sie sich auf die Seite der Sozialdemokratie gestellt. Diese Bundesgenossenschaft dürfte indessen ohne Belang bleiben, denn die Mehrheit des Reichstags arbeitet unbeirrt durch die Herausforderungen der Sozialdemokratie das umfangreiche Gesetz in zweiter Lesung durch, so daß es wohl noch vor Pfingsten wird verabschiedet werden können. Auch an diesem Werk der Gesetzgebung hat der Staatssekretär Delbrück ein erhebliches Maß von Verdiensten. Besonders ist es ihm gelungen, weit übers Ziel hinauschießende Forderungen der Unternehmer zurückzudrängen, also den sozialen Charakter des Gesetzes unangetastet zu lassen. Das Bild im Reichstage hat sich somit erfreulicher gestaltet, als es noch vor Ostern zu erwarten war. Ob sich hieraus schon Hoffnungen für eine Beruhigung im Lande herleiten lassen? Es gibt Optimisten, die solches für möglich halten, — aber viele Tatsachen sprechen dagegen.

G. Cl.

Kolonialfragen

Ostafrikanische Verkehrspolitik — Reform der Eingeborenenbesteuerung — Zentralbahn und Kongostaat — Belgische „Reformen“ im Kongostaat — Spaltung im südwestafrikanischen Farmerbund — Farmerbund und Bund der Landwirte

Unsere ostafrikanische Verkehrspolitik ist augenblicklich auf einem toten Punkt angelangt. Die Zentralbahn erreicht in nächster Zeit Tabora und die Nordbahn den Kilimandjaro. Normalerweise müßte man sich nun über den Weiterbau der beiden Linien klar sein, die natürlich nicht in der Mitte des Landes endigen dürfen, sondern das wichtigste Wirtschaftsgebiet der Kolonie, das Gebiet der großen zentralafrikanischen Seen, erreichen müssen.

Hinsichtlich der Zentralbahn scheint man sich, nach der Stellungnahme des Reichstages und allerlei amtlichen Auslassungen zu schließen, zum Weiterbau nach Udjidji am Tanganjikasee entschlossen zu haben. Aber das ist offensichtlich mit zitterndem Herzen geschehen. Wenn man die wirtschaftliche Wirkung der beiden Linien vergleicht, so müßte man eigentlich, um möglichst große Erfolge zu erzielen, zuerst an den Ausbau der Nordbahn denken, denn sie hat dem von ihr durchquerten Gebiet einen bedeutenden Aufschwung gebracht, während die Zentralbahn bis jetzt gar nichts geleistet hat. Aber so dürfen wir leider im vorliegenden Falle nicht denken. Die Nordbahn wird, auch wenn sie vorläufig am Kilimandjaro stehen bleibt, dem Lande nützen. Die Zentralbahn bis Tabora aber ist ein Torso, der sich in alle Ewigkeit weder direkt noch indirekt rentieren würde, weil sie eben auf zwei Drittel ihres Verlaufs menschenarme, wenig oder gar nicht entwicklungsfähige Steppenlandschaften durchzieht. Von den Wunderdingen, die uns Dernburg seinerzeit über die Wirkung der Zentralbahn erzählte, konnte daher nichts eintreffen. Eingeweihte haben dies damals vergeblich prophezeit, Dernburg hat seinen Willen durchgesetzt, und die Suppe, die er uns eingebracht hat, gilt es jetzt auszueffen. Den maßgebenden Leuten wird der Kopf warm, wenn sie an die Verzinsung der Anleihen denken, welche die Kolonie in den nächsten Jahren selbst aufzubringen hat. Das Gebiet der Zentralbahn wird dazu vorläufig so gut wie nichts beitragen können. Die vorwiegend unter dem Druck der öffentlichen Meinung zustande gekommene Nordbahn dagegen wird die Situation retten helfen. So liegen die Verhältnisse augenblicklich. Und es bleibt der Regierung vorläufig kein anderer Ausweg, als ihr Heil im Anziehen der Steuerschraube bei den Eingeborenen zu suchen. Wir haben an dieser Stelle seit Jahren immer wieder eine Reform der Eingeborenenbesteuerung empfohlen, und zwar die Umwandlung der im wesentlichen veralteten Hüttensteuer in die ergiebigere und gerechtere Kopfsteuer. Zu einer solchen Reform hat sich die Regierung jetzt entschlossen, und dieser Schritt ist geeignet, ihr die Sorgen der Anleihenverzinsung bis zu einem gewissen Grade abzunehmen, ohne jedoch an der Tatsache etwas zu ändern, daß die Verkehrsentwicklung der Kolonie in absehbarer Zeit ein langsames Tempo annehmen dürfte, als man vom Zustandekommen der Zentralbahn seinerzeit irrtümlich erwartete.

Wie es Herr Dernburg seinem Nachfolger überlassen hat, die Folgen seiner Eisenbahnpolitik zu tragen, so wird der kommende Reichstag versuchen müssen, die Folgen der Nachgiebigkeit des zu Ende gehenden nach Möglichkeit wieder gutzumachen. Einstweilen hat der gegenwärtige Reichstag wenigstens insoweit die Folgerungen gezogen, als er seine Zustimmung zu den Vorarbeiten der Strecke Tabora—Udjidji erteilt hat. Erst jenseits Tabora beginnt der eigentliche Wirkungsbereich der Zentralbahn, und die volle Wirkung der Bahn kann erst eintreten, wenn diese den Tanganjikasee erreicht hat, der in seiner langgestreckten Form geradezu einer zweiten Küstenlinie gleichkommt und der Bahn mit der Zeit bedeutende Zufuhren sichert.

Man verstehe uns nicht falsch: auch wir werden Freude und Stolz empfinden, wenn — voraussichtlich als erste — eine deutsche Überlandbahn das große Binnenmeer erreicht hat, und wir unterschätzen keineswegs die große moralische Wirkung dieser Leistung. Aber wir sind nach wie vor der seit Jahren von uns und den meisten Sachkennern vertretenen Ansicht, daß es besser gewesen wäre, zuerst die Linien zu bauen, deren wirtschaftliche Wirkung mit ihrem Fortschreiten einigermaßen gleichen Schritt gehalten hätte. Die große Zentralbahn wäre uns nicht davongelaufen und ihre Verwirklichung für uns eine um so reinere Freude gewesen, je mehr uns die wirtschaftlichen Erfolge rentabler Linien die Sorge um die Verzinsung der großen Anleihen abgenommen hätten. Von der finanziellen Erstarkung der Kolonie hängt gerade jetzt, wo wir einem noch unsicheren Reichstag entgegengehen, sehr viel für ihre Entwicklung ab. Es ist zu bedenken, daß der neue Reichstag vielleicht für den weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes wenig Meinung haben wird, wenn durch die Zentralbahn die Finanzen der Kolonie sich wieder verschlechtern.

Die beispiellosen Erfolge der Nordbahn, welche ihrem Hafenplatz Tanga in den letzten Jahren eine Verdreifachung des Außenhandels gebracht haben, sind namentlich durch die europäische Siedelungsarbeit im Bereich dieser Bahn zustande gekommen, während an der Zentralbahn die von Dernburg in den glühendsten Farben gemalte Mitarbeit der Schwarzen natürlich ausgeblieben ist. Dies ist ein Fingerzeig dafür, woher die Kolonie ihr Heil zu erwarten hat: nicht von der selbständigen Eingeborenenproduktion, sondern hauptsächlich von der europäischen Besiedelung und Plantagenwirtschaft. Und darum wird es notwendig sein, bei der weiteren Ausgestaltung des Eisenbahnnetzes die gesunden Hochländer südlich von der Zentralbahn und am Nyassa nicht zu vergessen. Es wird leider unter den geschilderten Umständen voraussichtlich lange dauern, bis an einen großzügigen Ausbau gedacht werden kann, darauf scheint uns die Zurückhaltung hinzudeuten, mit der Staatssekretär von Lindequist der Eisenbahnfrage gegenübersteht. Man hat ja nicht von ihm erwartet, daß er jetzt sofort mit einer großen Eisenbahnvorlage hervortreten würde, aber er hätte wenigstens noch die kleine, für die Besiedelung wichtige Strecke vom Kilimandjaro nach dem Meruberg mit dem alten Reichstag zustande bringen können, schon nach dem Grundsatz,

der vor einigen Wochen im amtlichen Kolonialblatt in bezug auf den Weiterbau der Zentralbahn propagiert wurde, aber ebensogut für die Nordbahn gilt: „Es bedeutet natürlich bei einer so umfangreichen Bauausführung eine wesentliche Ersparnis, wenn die einmal an Ort und Stelle befindliche Bauverwaltung mit ihrer gesamten Einrichtung an Baugeräten und Maschinen, mit ihrem Stabe von weißen Beamten und Arbeitern nicht erst aufgelöst und zurückgezogen wird, um später erneut auf eine so weite Entfernung entsandt zu werden.“ Denn wenn die Nordbahn auch den Vittoriasee erst in späteren Jahren erreichen dürfte, so wird sie doch wahrscheinlich wenigstens bis zum Natronsee, gegen 200 km nordwestlich vom Kilimandjaro, schon in nächster Zeit fortgeführt werden, weil die dortigen Salzlager einen lohnenden Abbau versprechen und das dazwischen liegende Gebiet zur extensiven Weidewirtschaft in der Art der südafrikanischen sehr geeignet erscheint.

Gerade von diesem Stück Nordbahn können wir uns eine ganze Menge versprechen und halten es daher für ganz verfehlt, wenn man jetzt von manchen Seiten mit phantastischen Perspektiven die Zentralbahn gegen die Nordbahn auszuspielen versucht. Wie uns Dernburg Wunderdinge von dem Fleiß des Negers erzählte, der nur auf die Zentralbahn warte, um sie massenhaft mit seinen Produkten zu belasten, so sind jetzt wieder manche Zeitungen voll von Schilderungen, die uns glauben machen wollen, daß jenseits des Tanganjikasees, namentlich im minenreichen Katangagebiet, die Belgier darauf lauern, daß die deutsche Zentralbahn ihr Land erschließe. Da und dort werden Berechnungen aufgemacht, die zeigen, daß der Weg nach dem Osten des Kongostaats über die deutsche Zentralbahn um soundso viele Kilometer und soundso viele Reisetage kürzer sei. Und darauf wird die Behauptung gegründet, daß der Verkehr aus jenen Gebieten naturnotwendig unserer Zentralbahn zufließen müsse. Auf diesem kindlich geraden Weg lassen sich nun verkehrspolitische Fragen nicht lösen, namentlich wenn verschiedenartige nationalwirtschaftliche Interessen dabei mitspielen. Ja, wenn die Belgier wirklich auf uns warten würden und gewillt wären, die formell offene Tür des Kongostaates uns auch wirklich weit aufzumachen. Aber die denken nicht daran, sondern in Brüssel macht man sich, wie wir versichern können, über derartige Phantasien deutscher Reisender lustig. Dort, nicht in Katanga, liegt die Entscheidung für die kongoleitische Verkehrs- und Wirtschaftspolitik. Im letzten Herbst hat der Schreiber dieses Gelegenheit gehabt, in der Täglichen Rundschau einige Dokumente zu veröffentlichen, die bewiesen, in welcher raffinierter Weise am Kongo durch Geheimerlasse und für uns harmlos aussehende Sonderbestimmungen die „Reformen“ des Kolonialministers Renkin paralytisch und umgangen werden. Die Tendenz der belgischen Politik geht, wie uns ein den belgischen Kolonialfinanzkreisen sehr nahestehender Herr versichert hat, nach wie vor dahin, am Kongo unter sich zu bleiben. Nach wie vor haben einige große Gesellschaften, voran die Cassaigefellschaft, an der der belgische Staat stark beteiligt ist, am Kongo den maßgebenden Einfluß, und den

Prozeß zwischen dem Staat und der Kassaigefellschaft hält dieser Gewährsmann einfach für ein Verschleierungsmanöver. Ausschlaggebend für die Verkehrs-politik der Belgier ist der Umstand, daß sowohl der Staat wie die Kassaigefellschaft erheblich an der Kongoschiffahrt interessiert sind und alles daransetzen werden, den gesamten Verkehr der Kongokolonie auf den Strom und seine Nebenflüsse zu konzentrieren. Es fällt den Belgiern nicht im Traume ein, z. B. das Gebiet der Katangaminen durch eine Eisenbahn mit dem Tanganjikasee zu verbinden und damit an unsere Zentralbahn anzuschließen. Im Gegenteil, das neulich vom Kolonialminister der belgischen Kammer empfohlene kongolefische Eisenbahnprogramm läßt denjenigen, der wirtschaftsgeographisches Verständnis hat, deutlich das obenerwähnte Bestreben erkennen. Eine direkte Verbindung der Minengebiete mit dem Tanganjikasee wird vorsichtig vermieden, und Eisenbahnen an den See werden nur insoweit gebaut, als sie notwendig sind, um das Stromsystem des Kongo als Verkehrsstraße mit der langen Küstenlinie des Sees in Zusammenhang zu bringen und damit an dem Verkehr der Tanganjikaländer teilnehmen zu lassen. Soweit in dem Programm Linien vorgesehen sind, welche die Grenze der Kongokolonie überschreiten, sind sie entweder nicht ernsthaft konkurrenzfähig mit den belgischen kombinierten Wegen nach der Küste, oder sie sollen vorläufig den guten Willen der Belgier markieren, aber in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden. Aber auch gesetzt den Fall, der belgische Staat wollte wirklich fremde Verkehrslinien an dem Außenhandel der Kongokolonie unparteiisch teilnehmen lassen, so steht die Konkurrenzfähigkeit unserer Zentralbahn mit dem Kongoschiffahrtswege immer noch sehr in Frage. Der östliche (deutsche) Weg nach der Küste wäre kaum kürzer als der Kongoweg, auch auf unserer Seite wären verschiedene Umladungen nötig; dazu käme der erheblich weitere Seeweg nach Europa mit den nicht geringen Suezkanalgebühren. Außerdem ist der Weg durch die Kongokolonie nach der Westküste, da vorwiegend Wasserweg, billiger und die Flußschiffahrt hinsichtlich der Tarifierung beweglicher, während der tarifpolitische Spielraum der Zentralbahn in Rücksicht auf ihre bedeutenden toten Strecken sehr begrenzt wäre. Die Berechnung der Konkurrenzfähigkeit nach der Kilometerzahl und den Reisetagen ist also ziemlich müßig, sie spielt höchstens für den wenig ins Gewicht fallenden Personenverkehr eine Rolle. Jedenfalls wäre denjenigen Reichstagsabgeordneten, die auf Grund solcher Berechnungen für die Beschleunigung der Zentralbahn ins Horn gestoßen haben, zu empfehlen, daß sie sich die Situation noch einmal nüchtern überlegen, ehe sie wieder falsche Hoffnungen erwecken. Man darf nicht alles, was irgendwo gedruckt steht, als bare Münze nehmen. Es wird also gut sein, wenn wir beim Weiterbau der Zentralbahn den Verkehr mit dem kongolefischen Teil des Tanganjikagebietes nicht allzu hoch in Rechnung stellen, sondern lieber darauf stinnen, wie der Wirkungsbereich der Zentralbahn im eigenen Lande ausgedehnt werden kann. Die Belgier sind ein Handelsvolk par excellence, das nicht darauf wartet, bis wir seine Kolonie erschließen, sondern seine

Geschäfte selbst machen will. Großafrikanische Ideen auf verkehrspolitischem Gebiet sind unserer Ansicht nach verfrüht. Zunächst gilt es für die Kolonialvölker, ihre eigenen Kolonien richtig zu erschließen. Ist dies geschehen und sind die Verkehrswege voll beschäftigt, so kommt der großafrikanische Verkehr von selbst. Item: Uns sollte die Erschließung und Besiedelung unserer Kolonie zunächst näher liegen als der imaginäre Kongoverkehr!

Die Spaltung im südwestafrikanischen Farmerbund, von der neulich eine Kabelmeldung kurz berichtete, ist für denjenigen, der den Gang der Dinge in Südwest auf Grund der drüben erscheinenden Zeitungen verfolgt hat, nicht überraschend gekommen. Die Mißhelligkeiten zwischen der Bundesleitung und einer Anzahl angesehenen Mitglieder hatte allmählich Formen angenommen, daß eine Kraftprobe der beiden Parteien unvermeidlich war. Es liegt uns nun fern, daraus, daß die Partei des bisherigen Vorsitzenden Erdmann unterlegen ist, ohne weiteres zu folgern, daß auf seiner Seite allein die Schuld an dem offenen Krach liege. Erdmann gebührt zweifellos ein gut Teil des Verdienstes für die Organisation der südwestafrikanischen Farmer. Aber es gibt doch zu denken, daß auf dem Farmertag sich von den dreizehn Delegierten der einzelnen Farmervereine zehn von ihm abwandten und den Bund mit einem anderen Vorsitzenden neu konstituierten, während nur drei Vereine bei ihm blieben.

Die Leitung des Bundes durch Herrn Erdmann hatte einen stark diktatorischen Charakter, und da es unter den Mitgliedern auch noch andere Persönlichkeiten mit Erfahrung, Organisationstalent und — harten Köpfen gibt, so konnten Meinungsverschiedenheiten nicht ausbleiben. Doch das alles hätte sich ausgleichen lassen, wenn sich nicht mit der steigenden Entwicklung der Kolonie und der Organisation ihrer Berufsstände Reime von Konflikten zwischen der heimischen und kolonialen Wirtschaftspolitik gezeigt hätten. Das Rückgrat von Südwest bildet die Farmwirtschaft, die mächtigste wirtschaftliche Organisation der Kolonie ist der Farmerbund. Es lag durchaus nahe, wenn dieser bei den heimischen Organisationen der Landwirtschaft, namentlich dem Bund der Landwirte, Verständnis für seine Bedürfnisse voraussetzte und von ihnen Unterstützung auf politischem Gebiet erhoffte. Die Annäherung des Farmerbundes an den Bund der Landwirte schien also ein erstrebenswertes Ziel und wurde von dem Vorsitzenden des Farmerbundes, Erdmann, eifrig betrieben. Darin lag eine Gedankenlosigkeit, wie die südwestafrikanischen Farmer bald merken sollten. Im Bund der Landwirte hatte man für das wohl vorwiegend altruistische Gefühl, das die Südwestafrikaner zu ihnen trieb, wenig Sinn und fragte sich nüchtern, ob der heimischen Landwirtschaft aus der kolonialen nicht vielleicht eine Konkurrenz erwachsen könnte. Eines Tages — es war im Januar 1910 — wurde dieser Beforgnis im Organ des Bundes der Landwirte, der Deutschen Tageszeitung, unverblümt Ausdruck gegeben, als Dernburg von der Notwendigkeit des Fleischexports für die südwestafrikanischen Farmen gesprochen hatte. Von diesem Zeitpunkte an datiert die erste Opposition im Farmerbund gegen die

von der Bundesleitung unter Erdmann verfolgte Politik. Und als während der letzten Landwirtschaftswoche in Berlin im Februar dieses Jahres im Anschluß an einen Vortrag des Geheimrats Wohlsmann über koloniale Landwirtschaft der Vorsitzende des Bundes der Landwirte eine Resolution durchsetzte, in welcher den Kolonien zur Pflicht gemacht wurde, im wesentlichen nur solche Produkte zu liefern, welche die deutsche Landwirtschaft zu liefern nicht in der Lage sei, da gingen den Farmern in Südwest die Augen darüber auf, daß ihre Interessenvertretung beim Bund der Landwirte doch nicht ganz in den richtigen Händen ist. Daran kann auch die kräftige Fürsprache nichts ändern, welche der Bund der Landwirte der Kolonie in wichtigen Momenten hat zuteil werden lassen. Denn in dem Augenblick, wo die Kolonie daran geht, Fleisch auszuführen, hat sie mit der Gegnerschaft der heimischen Agrarier zu rechnen. Und die Kolonie muß Fleisch exportieren; sie würde ihre wichtigste Lebensader unterbinden, wenn sie darauf verzichten wollte.

Die Mehrheit des Farmerbundes hat übrigens ganze Arbeit gemacht und den alten Freund der Südwestafrikaner, Dr. Rudolf Rohrbach, dem die Kolonie so unendlich viel verdankt, erneut zu ihrem Vertrauensmann gewählt. Die Bundesleitung hatte ihn jüngst schände preisgegeben, weil er dem Bund der Landwirte als Freund Naumanns verdächtig war. Nun ist es durchaus verständlich, wenn man auf konservativer Seite zu verhindern sucht, daß eine linksstehende Persönlichkeit irgendwelchen politischen Einfluß gewinnt, aber den Südwestafrikanern kann das doch ganz gleichgültig sein. Für sie ist die Hauptsache, daß sie sachgemäß in der Heimat vertreten werden.

Wie die Dinge in Südwest sich nun entwickeln, läßt sich noch nicht übersehen, dazu müssen erst nähere Nachrichten abgewartet werden. So viel aber ist sicher, daß die Kolonie sich unmöglich den heimischen agrarischen Interessen unterordnen kann. Wir glauben auch kaum, daß der Bund der Landwirte auf einem so kurzichtigen Standpunkt beharren wird. Man könnte ebensogut Hamburg verbieten, Schiffahrt zu treiben, wie Südwest, Vieh zu züchten. Es gibt eben Erscheinungen im Wirtschaftsleben der Nationen, mit denen sich das einzelne Glied des Wirtschaftskörpers abfinden muß, und das ist z. B. der teilweise Wettbewerb der Kolonien mit dem Mutterland im Wirtschaftsleben eines Kolonialstaates.

Rudolf Wagner

Bank und Geld

Die Auflösung der Standard Oil Company und die New-Yorker Börse — Amerikanische Trufs und ihre Mißbräuche — Die Verhandlungen des Kalisyndikats mit den Amerikanern — Kaliwerk Aschersleben — Der Fiskus im Kohlsyndikat — Gildesheimer Bank

Gleichsam über Nacht hat die New-Yorker Börse, über deren traurige Verfassung hier jüngst berichtet werden mußte, ihre Elastizität wiedergefunden; mit den Kursen schnellten die Umsatzziffern an einem einzigen Tage wieder auf Millionenhöhe. Was war der Grund zu so freudiger Erregung? Für den

Außenstehenden erscheint es unbegreiflich: just die Verwirklichung der großen Sorge, unter deren Druck die Börsenleute seit Monaten gestanden haben! Der Spruch des Bundesobergerichts in den Trustsprozessen ist gefallen, und er lautet zuungunsten der Standard Oil Company, des Rockefeller'schen Riesentrustes. Die gewaltige Kapitalzusammenballung, welche diesen Namen trägt, ist als ein ungesetzliches Unternehmen der Auflösung verfallen und muß binnen sechs Monaten liquidieren. Das war es gerade, was die Börse fürchtete: das Bundesgericht könnte das erstinstanzliche Urteil beseitigen und der Regierung in ihrem Feldzug gegen die Trusts, dieser so populären Hinterlassenschaft Roosevelts, zu einem Siege verhelfen, vor dessen Folgen den wirtschaftlichen Mächthabern bange werden müßte. Und als nun das Befürchtete eingetreten, feiert die Börse das Ereignis wie eine gewonnene Schlacht, nicht anders, als habe das Bundesgericht dem Geschäftsgebaren der Rockefeller und Konforten sein Placet erteilt.

Und doch ist das Verhalten der Börse von ihrem Standpunkt aus weniger widersinnig, als es den Anschein hat; sie betrachtet den Erfolg der Regierung als einen Pyrrhus'sieg und bringt mit triumphierender Gewißheit die Überzeugung zum Ausdruck, daß mit solchen Waffen die proteusartige Geschicklichkeit der Kapitalmagnaten nicht zu bestiegen ist. Sollte man ihr in dieser Auffassung unrecht geben? Ist doch die nämliche Standard Oil Company schon einmal im Jahre 1892 durch Richterspruch der Auflösung verfallen gewesen! Sie trat in aller Ruhe in Liquidation und wußte die Durchführung derselben so lange zu verzögern, bis ein vielbesprochenes Gesetz des Staates New Jersey ihr wie allen anderen Kontrollgesellschaften einen neuen Unterschlupf bot. Denn dieser Bundesstaat gestattete 1899 die Errichtung von Gesellschaften, die nur den Zweck haben, die Effekten anderer im Besitz zu haben, wofür sie nur ein Bureau in New Jersey unterhalten. Die Folge war, daß zahllose Gesellschaften dort sich registrieren ließen, ohne größere geschäftliche Aufwendungen als die Anschaffung eines Firmenschildes zu machen. Zu diesen gehörte also auch die Standard Oil, die jetzt zum zweiten Male von dem Schicksal der gewaltsamen Auflösung betroffen wird. Herr Rockefeller wird darüber nicht seinen Gleichmut verlieren. Die Durchführung des Urteils wird seiner Schöpfung das Lebenslicht nicht ausblasen. Denn ein Gebilde wie das der Standard Oil läßt sich überhaupt nicht durch einen Federzug in seine ursprünglichen Bestandteile auflösen. Die Verflechtung und organisatorische Zusammenfassung der Interessen von Hunderten von Gesellschaften zu einem kapitalkräftigen, mit absolutem Monopol der Produktion und des Vertriebes ausgestatteten Unternehmen besitzt eine solche Tragkraft, daß die Beseitigung der obersten Spitze dieser Organisation keinen Schaden tut. Das gilt ebensowohl von der Standard Oil, als von den anderen großen Trustgesellschaften, gegen die sich die Gegnerschaft der Regierung und man darf sagen der Allgemeinheit richtet: dem Tabak-, dem Mehl-, dem Fleischtrust, der Amalgamated Company und unzähligen anderen.

Man darf nicht vergessen, daß der Grundgedanke dieser kapitalistischen Zusammenfassungen an sich ein gesunder ist, nämlich der erleichterten Kapitalbeschaffung zum Zwecke möglichst großer technischer Vollendung und Wirtschaftlichkeit in der Produktion sowohl als im Vertriebe. Diese für die moderne Volkswirtschaft so außerordentlich charakteristischen Gebilde bedeuten zweifellos von diesem Gesichtspunkte aus einen wirtschaftlichen Fortschritt und stellen eine neue, höhere Stufe der Gütererzeugung dar. Sie sind auch keineswegs notwendigerweise mit den Mißbräuchen verbunden, welche den Namen der Trusts in einen so üblen Ruf gebracht haben. Bei den amerikanischen Trustgesellschaften treten freilich die schlechten Seiten: Mißbrauch der wirtschaftlichen Übermacht zum Schaden der Konkurrenz und der Verbraucher, politische Korruption, Überkapitalisation, Börsenspekulation derart in den Vordergrund, daß das Urteil über ihre Wirksamkeit vernichtend ausfallen muß. Dies gilt von keiner dieser Organisationen mehr als von der Standard Oil, die aus kleinen Anfängen sich zum kapitalgewaltigsten Unternehmen, freilich mit Hilfe der verwerflichsten Mittel, unter Hintansehung aller kaufmännischen Moral, emporgeschwungen hat und heute nicht nur als unumschränkter Herrscher der Welt auf dem Petroleummarkt gebietet, sondern ebenso Eisenbahnen, Banken, industrielle und Versicherungsgesellschaften sich untertan gemacht hat und durch die Vielsältigkeit ihrer Interessen und ihre ungeheuren Geldmittel die Börse nach ihrem Willen zu leiten vermag. Die Standard Oil verfügt über ein eigenes Kapital von über 200 Millionen Dollar; die Interessen von mehr als hundertfünfzig Einzelgesellschaften sind in ihr zusammengefaßt. Ihre Entwicklungsgeschichte bietet ein trübes Bild; die rücksichtslose Vernichtung der Konkurrenten, unter Zuhilfenahme betrügerischer Mittel namentlich geheimer Vorzugsvereinbarungen mit den Eisenbahnen (Praktiken, die ihr seinerzeit die vielbesprochene, aber wieder aufgehobene Geldstrafe von 29 Millionen Dollar eintrugen), Übervorteilung des Publikums bei der Unterbringung von Wertpapieren, gewissenlose Beeinflussung der Börse durch Herbeiführung von Kurssteigerungen oder plötzlichen Zusammenbrüchen, stellen die hauptsächlichsten Züge in demselben dar. Der finanzielle Erfolg war aber glänzend: die Gesellschaft hat seit dem Jahre 1882 nicht weniger als 900 Millionen Dollar Reingewinn erzielt, und Rockefeller darf sich mit Recht als den reichsten Mann der Welt bezeichnen. Die amerikanische Regierung hat gewiß die Sympathien aller redlich Denkenden auf ihrer Seite, wenn sie versucht, so ungeheuerlichen Mißbräuchen zu steuern. Leider aber ist durch die politische Macht der Trusts ihr Vorgehen gehemmt. Hat doch selbst Roosevelt vor dieser kapitulieren müssen. Vor allem aber sind auch die gewählten Mittel falsch. Nicht das ist die Aufgabe, durch zwecklose Verbotsgesetze diese Organisationen zu beseitigen, sondern deren lebensfähigen Kern unter Entfernung der Auswüchse weiter zu entwickeln. Hierzu wäre aber eine grundlegende Änderung in der wirtschaftlichen Gesetzgebung der Vereinigten Staaten vonnöten. Ein gutes Aktiengesetz nach dem Muster des deutschen, eine Reform des Geldwesens

durch Schaffung einer zentralen Notenbank, strenge Vorschriften über die Geldanlage der Versicherungsgesellschaften, deren Bestände heute den Finanzmagnaten nur allzu bereitwillig zur Verfügung stehen, und letzten Endes eine Abkehr von dem extremen Schutzzollsystem, unter dessen Schutz allein sich die Monopolmacht der Trusts zu solcher Höhe entwickeln konnte.

Die Verhandlungen des Kalisyndikats mit den amerikanischen Verbrauchern, über welche wir jüngst berichtet haben, sind zu einem vorläufigen Abschluß gediehen. Man hat sich über die Preisfrage und die den Amerikanern zu gewährenden Rabatte geeinigt. Dabei ist bemerkenswert, daß die Amerikaner Preise zugestanden haben, die für sie ungünstiger sind als die, welche sie bei den früheren Verhandlungen in New York zurückgewiesen haben. Offenbar hat also das Kalisyndikat in den Rabatten, über deren Höhe Ziffern einstweilen nicht bekannt sind, erhebliche Opfer gebracht. Mit diesen Vereinbarungen ist nun aber keineswegs der Kalikonflikt beseitigt. Man wird sich erinnern, daß der Schwerpunkt in der Frage liegt, wie die langlaufenden Verträge der amerikanischen Abnehmer mit den Kaliwerken Solstedt und Aschersleben zu behandeln und unter welchen Bedingungen sie vom Kalisyndikat zu übernehmen seien. Von diesen Verträgen ist nun einstweilen nicht die Rede gewesen. Die Absprachen betreffen Lieferungsbedingungen, welche ohne Rücksicht auf die bestehenden Vertragsverpflichtungen festgesetzt worden sind. An den Verhandlungen hat die International Agricultural Corporation, der sogenannte Schmidtmann-Trust, welcher das Kaliwerk Solstedt besitzt, überhaupt nicht teilgenommen. Nun verlautet, die Amerikaner wollten die vielbesprochenen Verträge anfechten, obwohl sie in der Zwischenzeit, also nach Erlaß des Kaligesetzes, die Option auf die Lieferung für die Jahr 1911 bis 1916 ausgeübt haben. Die Kaliwerke Aschersleben wollen in gleicher Weise an den Richter behufs Durchführung ihrer Ansprüche appellieren. Einstweilen steht also eine Lösung der Schwierigkeiten noch in weiter Ferne. Der Jahresabschluß der Kaliwerke Aschersleben, der in diesen Tagen veröffentlicht worden ist, läßt deutlich die Größe dieser Schwierigkeiten erkennen. Denn es zeigt sich, daß durch die außersyndikatlichen Verkäufe das Werk erhebliche Vorteile erzielt hat. Der Ertrag des Kaligeschäftes hat sich um $\frac{3}{4}$ Millionen gesteigert, der Reingewinn ist gegen das Vorjahr derart gewachsen, daß die Gesellschaft imstande ist, nicht nur die Dividende um 1 Prozent zu erhöhen, sondern volle zwei Millionen für Neuanlagen zurückzustellen und den Vortrag um 200 000 Mark zu erhöhen. Die Aktionäre können also an sich mit der Geschäftsführung der Verwaltung vom Standpunkt der Gewinnerzielung nur zufrieden sein, und man begreift, daß die Aufgabe so großer geschäftlicher Vorteile nur gegen Entschädigungen zugestanden werden kann, die für das Kalisyndikat große Opfer bedeuten würden. Offenbar ist die Verwaltung von Aschersleben hinsichtlich der Bradley-Verträge ihrer Sache sehr sicher, da sie die Dividendenerhöhung ohne Rücksicht auf die Frage vorschlägt, ob sie nicht schließlich die Über-

kontingentsabgabe doch noch zahlen müssen. Es ist indessen nach Lage der Sache durchaus unwahrscheinlich, daß als letzte Instanz die Gerichte in der Streitfrage entscheiden werden. Ohne Beseitigung der Verträge hätte die in so mühseligen Verhandlungen hergestellte Einigung des Kalisyndikats mit den Amerikanern kaum praktischen Wert. Wenn also das Interesse der Gesamtindustrie die Aufhebung der Verträge gebieterisch fordert, so muß sich ein Weg finden lassen, der den Ansprüchen beider Teile gerecht wird.

Die preußische Regierung hat dem Drängen der Syndikatsfreunde nachgegeben und im Abgeordnetenhaus erklärt, daß der Fiskus bereit ist, dem Anschluß an das Kohlsyndikat näherzutreten, sofern nur die Wahrung der allgemeinen Interessen dadurch nicht gefährdet werde. Dieser Vorbehalt ist eigentlich ein selbstverständlicher, und man wird ihn, da der Minister im übrigen die Verdienste des Syndikats um den Bergbau ausdrücklich anerkannt hat, kaum dahin auslegen dürfen, daß eine Änderung in der Preispolitik des Syndikates Voraussetzung des Anschlusses sein müsse. Diese Stellungnahme des Fiskus ist für die Verlängerung des Syndikats von ausschlaggebender Bedeutung. Wenn der Staat als Teilnehmer am Kohlsyndikat auftritt, muß auch die schwierige Frage der Behandlung der Hüttenzechen sich regeln lassen. Denn der Staat ist in einer ähnlichen Lage wie die letzteren: er ist in starkem Maß Selbstverbraucher und muß wie die Hüttenzechen es ablehnen, seinen Kohlenbedarf für die Eisenbahnen der Umlagepflicht zu unterstellen. Trotzdem daher der Gegensatz zwischen reinen Kohlenzechen und gemischten Betrieben in letzter Zeit an Schärfe gewonnen hat, wie aus den jüngst abgegebenen Erklärungen der Zeche Constantin einerseits und der Gewerkschaft Deutscher Kaiser andererseits hervorgeht, wird das Eintreten des Fiskus einen Ausgleich der widerstrebenden Interessen erleichtern. Die westfälische Kohlenindustrie darf aufatmen, eine schwere Sorge ist von ihr genommen. Man wird wohl bald hören, wie diese veränderte Situation die Haltung der Werke beeinflusst.

In Hildesheim haben die hier bereits früher erwähnten Zahlungsschwierigkeiten der Firma J. Bistorius nachträglich zu einem Ansturm auf die Kassen der Hildesheimer Bank geführt. Das gut fundierte Institut, welches dem Geschäftskreis der Deutschen Bank angehört, hat sich seiner ohne Schwierigkeiten erwehren können, nachdem Kardinal Kopp und die genannte Großbank die Rückendeckung übernommen hatten. Solche Vorkommnisse rücken die Gefahren auf das deutlichste vor Augen, die mit dem Betrieb des Depositengeschäftes verbunden sind. Gerüchte der unbegründetsten Art, durch irgendeinen Zufall entstanden und blitzschnell in das Ungeheure vergrößert, erzeugen in wenigen Stunden eine solche Panik in den Kreisen der Einleger, daß auch eine gut geleitete Bank dem entfesselten Ansturm ohne fremde Hilfe nicht die Spitze bieten kann. Steht ein solches Institut im Rahmen eines größeren Konzerns, so ist die Unterstützung freilich sofort zur Hand, und es gelingt, wie im vor-

liegenden Fall, die Gefahr zu bewältigen. Ist es aber auf sich allein angewiesen und muß die Hilfe anderer erst im kritischen Augenblicke erbitten, dann wird es ihm nur dann möglich sein, der schwierigen Situation Herr zu werden, wenn sein Kredit so hoch steht, daß ein Eingreifen Dritter ganz unbedenklich erscheint. Immer wieder muß daher die Frage erörtert werden, ob die Anlage der Depostengeldder durch unsere Banken den Anforderungen hinsichtlich der Liquidität entspricht. Nicht ganz unberechtigte Zweifel hierüber hat die Wahrnehmung erweckt, daß mit dem Anwachsen der Deposteneinlagen die Ansprüche an die Reichsbank an den Quartalsterminen eine ständige und bedenkliche Steigerung erfahren haben, ein Beweis dafür, daß die Banken nur, um den laufenden Quartalsbedarf zu decken, im Übermaß auf den Diskontokredit der Reichsbank zurückgreifen müssen. Der Reichsbankpräsident hat sich hierüber sehr offen ausgesprochen: *discite moniti!*

Spectator

Bücherliste

- Schmid, Dr. Ferdinand: Finanzreform in Österreich. Tübingen, S. Laupp'sche Buchhandlung. M. 4.—
- Stange, Carl: Christentum und moderne Weltanschauung. Leipzig, A. Deichert'sche Verlagsbuchhandlung. M. 2.—
- Kirsch, Alfred: Deutsche Kirchengeschichte für Schule und Haus. Leipzig, Ernst Wiegandt.

- Ludwig Gaughofers Gesammelte Schriften. Dritte Serie. Stuttgart, Adolf Bong & Comp. M. 150.
- Sellpach, Willy: Das Pathologische in der modernen Kunst. Heidelberg, Carl Winters Universitätsbibliothek. M. 1.—
- Reichmann, Dr. Max: Wörterbuch des Deutschen Staats- und Verwaltungsrechts. 9. Lieferung. Tübingen, F. C. W. Moos. M. 2.—
- Wegandt, Prof. Dr. Wilhelm: Abnorme Charaktere in der dramatischen Literatur. Hamburg, Leopold Voß. M. 250.

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Umlung-Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 und 1/2 4—1/2 6 Uhr. — Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Anzeigen-Aannahme für diesen Teil beim Verlag der Grenzboten G. m. b. H., Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23.

Stellennachweis.

(Aus der Tages- und Fachpresse.)

Anfragen zu richten unter Beifügung von Rückporto an die Geschäftsstelle der Grenzboten, Berlin SW. 11.

A. Für Akademiker.

441. Prediger, Westpr., bald (2450 M.).
442. Pfarrer, Sachsen, bald.
443. Hilfsprediger, (3000 M.), Rheinld.
444. Pfarrer, 1. 10., Oberbrud.
453. Hauslehrer, erf. f. 10j. Knab., Mecklenburg.
454. Pfarrer, bald, Westpr.
473. Bürgermeister (4800 M.), bald, Schlesien.
474. Bürgermeister (6400 M.), bald, Rhld.
475. Bürgermeister (4200 M.), 1. 7., Sachsen.

B. Für Damen.

394. Erzieherin, ev., jg., mus., gepr., 1. 6., Sachsen.
448. Erzieherin (mus.), 25—40 Jahr, f. 2 Mädchen, 15 u. 16 J., Rußland.
449. Erzieherin, 1. resp. 15. 8., Mecklbg.
450. Erzieherin, gepr., mus. (im Ausland gew.), 1. 8.
456. Erzieherin, 1. resp. 15. 8., f. 11jähr. Knaben, Mecklbg.

457. Erzieherin (Schweizerin bevorzugt), f. 14jähr. Mädch. (verf. Engl. u. Franz.), Pommern.
458. Erzieherin, 1. 7., f. 15jähr. Mädch. (mus., ev., erf.), Hannover.
459. Erzieherin, 1. 7., f. 2 Mädch. (Mus.), Pommern.
461. Erzieherin, ev., mus., gepr., 1. 8., Ostpr.
493. Lehrerin, erf., ev., 1. 8., Hannover.
469. Erzieherin, ev., gepr., 1. 7., Nm.
470. Erzieherin, erf. in Sprach., Schlesien.
471. Erzieherin, ev., gepr., 1. 7., Schlesien.
472. Erzieherin, erf., alt, f. 5 Kind., Rhld.

Stellengesuche.

Die ersten 3 Zeilen kosten 2 M., jede weitere Zeile 1 M.

Leutnant n. D. mit tadelloser Vergangenheit sucht Stellung als Erzieher bezw. Leiter einer Erziehungsanstalt. Entsprechende Vorbildung vorhanden. Offerten unter L. H. 639 an die Grenzboten, Berlin SW. 11.

Für vorstehende Inserate verantwortlich: Karl Schulze in Berlin-Schmargendorf.
Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 37.